



Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Kolleginnen und Kollegen,

- auch ich in der gebotenen Kürze - die heutige Sitzung hätte man deutlich verschlanken können, indem man den Haushalt 2021 wie von der SPD erbeten, nochmals intensiv überarbeitet und dann erst März/April verabschiedet hätte, mit dann sicherlich belastbareren und weniger problematischen Zahlen. Aber fast jede SPD-Anregung bzw. Widerspruch wird hier am Ratstisch mehr als Störung denn als konstruktive Chance begriffen, und so haben wir das Phänomen, dass dieser Haushalt erstmals vor 6 Wochen „eingebracht“ wurde, ohne dass das interessierte Publikum und die anwesenden Ratsmitglieder *auch nur eine einzige Zahl* erfahren, gehört oder gesehen hätten. Mit Corona lässt sich nicht alles abtun oder entschuldigen, auch wenn dies von manchen Zeitgenossen so praktiziert wird. Wir äußern ganz klar unser Missfallen gegenüber dieser Vorgehensweise, da sie nicht dem Anspruch an demokratische Gepflogenheiten bzw. Transparenz genügt und vor allem dieses Zahlenwerk schon seit längerer Zeit viel mehr und nicht immer weniger Aufmerksamkeit, Beschäftigung und auch Diskussion verdienen würde.

Die SPD hat es bei der Klausurtagung angedeutet und **bereits** bei der Verabschiedung des Haushalts **2020** unmissverständlich **angekündigt**- wir werden unter den gegebenen Umständen **dem Haushalt 2021 keine Zustimmung erteilen** können. Ich zitiere den Schlusssatz der Haushaltsrede, dokumentiert im Amtsblatt vom 31.1.2020: ***„Die SPD stimmt dem Haushaltsplan 2020 mit erläuterter Sorge zu, um die Kontinuität zwischen den beiden Gemeinderats-Gremien alt und neu zu wahren. (...) Wir betonen bereits heute, dass sich strukturell das Planwerk 2021 markant verändern muss, wenn wir als SPD es für das weitere Wohlergehen unserer Gemeinde mitvertreten können sollen.“***

Wir haben also unseren guten Willen gezeigt, ohne dass dies Widerhall gefunden hätte. Wir hielten es heute, 12 Monate später, für noch dringlicher, dass wir gemeinsam nacharbeiten, am besten in der Tat in einer Haushaltsstrukturkommission, um Einspar- und Einnahmensteigerungs-Möglichkeiten auszumerzen; und um der Verwaltung die nötige Zeit zu geben, ihre Hausaufgaben in Sachen überfällige Gebührenanpassungen zu erledigen und diese noch in den Haushalt 2021 einpflegen zu können. Sicherlich wären weitere Anpassungen infolge der Pandemie-Ausfälle vorzunehmen gewesen.

Zugegeben - es ergibt sich der Eindruck, dass Teile des Gemeinderates und evtl. gar der Verwaltung die Dramatik offenbar nicht wahrhaben wollen. Die SPD warnt seit einem Jahr unüberhörbar, Bürgermeister Brandt hat es dann im November einen Weckruf genannt. Das war es aber dann auch, alles andere erscheint eher wie business as usual.

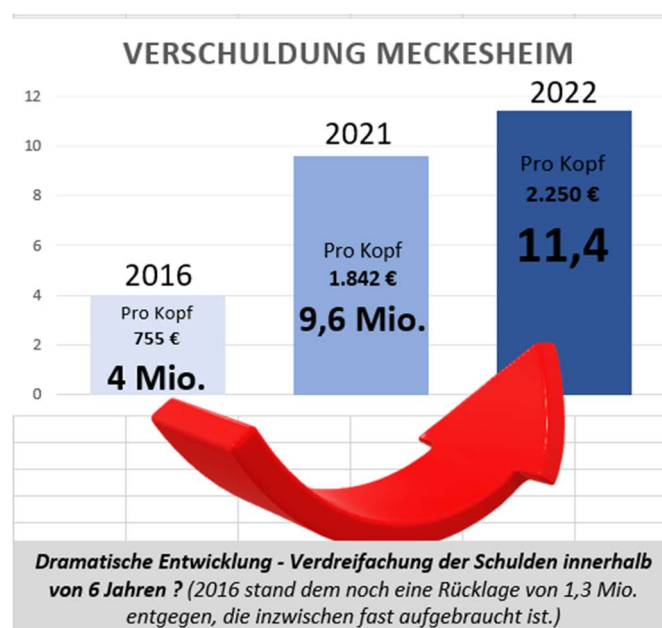
Indizien dafür finden wir in der uns nach der Einbringung übermittelten Rede, Herr Brandt, einige. So der Hinweis, Abschreibungen seien früher „nur eine statistische Größe“ gewesen. Ich weiß nicht, wer Ihnen sowas erzählt, aber es war nicht so, dass

wir in der Kameralistik noch mit dem Rechenschieber gerechnet hätten, beileibe nicht. Der einzige Zeitpunkt, der hier eine Gestaltung, für Meckesheim eine bessere Struktur ermöglicht hätte, war die Eröffnungsbilanz. Aber auch dieser Hinweis wurde in den Wind geschlagen, ist verschallt, die Eröffnungsbilanz wurde weder vorberaten noch in Gänze vorgelegt.

An eine Abstimmung darüber, ob wir in 2021 keine einzige Steuererhöhung vornehmen oder doch, kann ich mich nicht erinnern. Es wurde am Rande von Wasser- und Abwassergebühren thematisch gestreift, aber so wie in der Rede behauptet, wurde nie etwas beschlossen. Vielleicht haben die intensiven Gespräche mit Ihren beiden Stellvertretern diesen Eindruck erweckt.

Im letzten Abschnitt Seite 3 Ihrer nicht gehaltenen Dezember-Rede werden **Konsolidierungsmaßnahmen** endlich erwähnt, wie wir sie seit Längerem fordern. Aber sie sind in diesem Haushalt nicht enthalten, das ist das Problem. Und nachdem der Haushalt heute unbedingt durchgepeitscht werden muss, halten wir fest, dass sie auch bis dato in der Verwaltung nicht erwünscht zu sein scheinen.

Die SPD hält es indes für untragbar, sprich **unverkraftbar**, dass wir wie im Planwerk niedergelegt Ende 2021 einen **Schuldenberg** vor uns herschleifen sollen **von dann fast 10 Mio. Euro bzw. 1.842 Euro pro Kopf**. Ist es tatsächlich allen anderen egal, dass wir in unser Jubiläumsjahr 2022 gehen mit der höchsten Verschuldung der letzten 1.200 Jahre (diese Sichtweise klingt offen gestanden etwas pathetisch, aber leider ist sie letztlich rechnerisch zutreffend)? Und dass wir infolgedessen angesichts der Finanznot nur noch ein Schmalspur-Jubiläum mit Schongang-Budget feiern? In 2022 sollen weitere 1,8 Mio. aufgetürmt werden, was hieße, dass wir bei 11,5 Mio. oder 2.250 Euro pro Kopf anlangen würden. 76% des Finanzhaushalts sind auf Pump finanziert; das ist bei uns also keine Panik, sondern ernsthafte Sorge!



Das aktuelle Allerwelts-Alibi Corona als Erklärung für alles und jeden findet was wunder auch für unsere Haushalts-Entwicklung Anwendung. Das Bild trägt allerdings, sonst hätte die SPD nicht bereits weit vor der Pandemie ohne jeglichen Anspruch auf hellseherische Fähigkeiten eindringlichst warnen können. Das Gegenteil ist also eher der Fall – Corona hat uns durch die Verzögerungen bei Rathaus, Kreisel usw. vor dem Durchbrechen der Schallmauer von 10 Mio. Schulden bereits in diesem Krisenjahr 2020 bewahrt. Es steht zu befürchten, dass uns die Problematik nun bis 2023 mit doppelter Wucht trifft. Wenn wir nicht jetzt und heute gegensteuern und schmerzhaft Einschnitte, teilweise auch strategische Schwenke vornehmen, ergibt sich das bei der Klausurtagung bereits erkennbare, aber leider nicht eingehender analysierte Dilemma: Wir werden auf Jahre handlungsunfähig, was größere Projekte und Investitionen angeht. Es ereilt uns das banale Schicksal eines jeden, der von Schulden erdrückt wird, weil er sich gänzlich überschätzt oder sich zu lange zu gut zugeredet hat.

Wenn wir ehrlich mit uns sind, hätte man mindestens eines der beiden Großprojekte Altes Rathaus oder Kindergarten sein lassen müssen, aber diese Wahrheit tut weh. Das Alte Rathaus wurde schon einmal als nice-to-have auf St. Nimmerlein verschoben wohlweislich, und der Kinderarzt sollte eh nach früheren Planungen in das jetzt glücklicherweise im Bau befindliche und wohl vor dem Rathaus fertige neue Ärztehaus Industriestraße/Schatthäuser Straße kommen. Damit wird im Apothekenbau eine Praxis-Etage frei! Was die Kommune an schlecht beparkbarem Standort noch vor einer zweiten Ortskernsanierungskulisse macht, ist betriebswirtschaftlich schlicht nicht sinnvoll. Einen Steinschlag entfernt sieht es nicht anders aus, aber ich erspare Ihnen das heute.

Denn uns ist sehr wohl bewusst, dass CDU und MuM mit ihrer Bürgermeister-Mehrheit auch diesen Haushalt durchdrücken wollen und werden; aber irgendwann werden sie sich dafür rechtfertigen müssen, warum sie früher unter anderer Rathausführung nie und nimmer solch einen fatalen Überschuldungskurs mitgegangen wären zu Recht übrigens – und warum sie ihre Loyalität so missverstehen in unseren Augen zum Unwohl unserer Kommune. Blankoschecks wurden in den letzten Jahren nach Lust und Laune ausgestellt, manche davon ungedeckt; und nun brennt der Etat lichterloh: Über die hohe Personalfuktuation müsste intern mal gesprochen werden; wir huschen schnell schnell am Ende der Klausurtagung durch das Zahlenwerk (früher haben wir stundenlang um einzelne Positionen gekämpft und wichtige Einsparungen vorgenommen); über eine echte Notfall-Reserve verfügen wir im Gegensatz zur früheren Millionen-Rücklage kaum mehr. Die Bevölkerung schrumpft, die Anzahl der Gewerbe und Geschäfte stagniert mit abnehmender Tendenz, nur die Schulden steigen unaufhörlich... das ist eine bedenkliche Entwicklung, die hier zu wenig gewürdigt und ernst genommen wird.

Die **SPD hat allein in 2020 eine Reihe von konstruktiven Vorschlägen gemacht**, meist von den vorgenannten Kräften abgeblockt; dadurch hätten wir in Summe „nur“ 3,1

statt 3,85 Mio. neue Kredite für 2021 benötigt. Aber all diese sinnvollen Vorschläge werden nicht sachlich geprüft, sondern offenbar wegen des Absenders verurteilt und verdammt.

Die Wahl der falschen „Feinde“ ist fürwahr folgenschwerer in der Politik als die Wahl falscher Freunde!

Ich darf zusammenfassen – die SPD lehnt diesen Haushaltsplan 2021 schweren Herzens ab und nimmt kritisch zur Kenntnis, dass gar nicht erst ein Versuch der Verwaltung unternommen wurde, unsere Zustimmung und somit als hohes Gut geltende Einstimmigkeit zu erreichen!

Vielen Dank.

Hans-Jürgen Moos, Fraktionsvorsitzender